

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verantwortlicher
Lehrer Riesa.
Herausg. Nr. 22.
Verlag Nr. 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft
Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa,
des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postkontos:
Dresden 1692.
Verlag:
Riesa Nr. 22.

Nr. 145.

Dienstag, 25. Juni 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig ohne Porto. Einzelnummern für die Nummer des Tagesabendes sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Bezugspreis für die 20 mm breite, 4 mm hohe Anzeigen-Beilage (6 Seiten) 25 Gold-Pfennige; die 28 mm breite Anzeigen-Beilage 100 Gold-Pfennige; zeitweiliger und tabellarischer Satz 50%, Aufsatz, feste Tarife. Bestellungen werden durch den Verlag angenommen, wenn der Betrag vorläufig, durch die Abnehmer oder den Auftraggeber in Rechnung gestellt wird. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtzählige Unterhaltungsbeilage „Lichter am Herd“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Beförderungsanstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenbeilage: Wilhelm Ditzsch, Riesa.

Die große außenpolitische Debatte im Reichstag.

Einigkeit über die Ablehnung jeder Rheinlandkontrolle. — Deutschnationaler Misstruensantrag gegen Stresemann.

In einer über 12 Stunden währenden Dauer Sitzung des Reichstags wurde heute die große außenpolitische Aussprache abgehalten.

Der große Tag hat ein kleines Ergebnis, denn auch die Aussprache, die weniger auf den Youngplan einging, da ja Redner wie Dr. Schnee von der Deutschen Volkspartei und Ullrich vom Zentrum keine Finanzfachleute sind, haben die Größe des Tages nicht unterschätzt. Sie haben ihre eigenen Sorgen gehabt, die zwar mit dem Reparationsproblem zusammenhängen, aber doch weit ab lagern vom Thema, von dem Thema, das man heute im Vordergrund sieht. Die Tribünen waren überfüllt. Darin lag der große Tag. Die Abgeordneten waren bis auf den letzten Mann erschienen. Die Geheimräte und Deputierten waren vollständig anwesend. Neben Stresemann saßen auf der Ministerbank alle Minister, mit Ausnahme des kranken Reichskanzlers. Nach außen wirkte diese Aufmerksamkeit und diese Einleitung schon. Die Spannung war schon vorhanden. Aber das Ergebnis war klein.

Rang war die Liste der Parteiprecher. Sie verlängerte sich von Stunde zu Stunde. Hatte man geglaubt, die Regierungsparteien würden es bei einer gemeinsamen Erklärung belassen, so sah man sich getäuscht. Aber die Einstellung der einzelnen Redner war so gewählt, daß sie eben nur Wünsche brachten, die im Zusammenhang mit dem Youngplan stehen. Kritiker des Planes erschienen nicht. Wer will auch an diesem Sachverhältnis Kritik üben, das so langer Arbeit bedurfte und eingehende Fachkenntnisse, langes Studium fordernd. Mit parteipolitischen Präferenzen, wie es versucht wurde, ist dem Werke nicht beizukommen.

Wie es der Reichsfinanzminister forderte, wie es Stresemann will, so entscheidet die Mehrheit: Die Regierung erhält zu den politischen Verhandlungen, die schon im Juli stattfinden werden, freie Hand. Sie wird das neue Abkommen erst zu verteidigen brauchen, wenn der Reichstag es ratifizieren soll. Und es unterliegt keinem Zweifel, daß die Regierung mit den Mehrheitsparteien völlig einig geht in der Forderung, daß mit dem Inkrafttreten des Youngplanes eine Liquidation des Krieges erfolgen müsse. Stresemann hat keine Zusagen mitgebracht, das ist gewiß. Er setzt seine Hoffnung auf die politischen Verhandlungen; er ist sich klar darüber, daß diese Verhandlungen schwierig sein werden. Er fordert, daß Deutschland Bedingungen stellen darf, muß also damit rechnen, daß der Youngplan nicht ohne weiteres auch von den anderen Mächten anerkannt wird, sondern viele politische Momente in den rein wirtschaftlichen Plan einfließen müssen.

Zur Rede Graf Beckhars im Reichstag.

Abg. Graf v. Beckhars (Dp.):

Freiwillig soll sich Deutschland bis 70 Jahre nach dem Kriegsende belassen. Der tiefste Grund des Scheiterns der deutschen Außenpolitik liegt in dem Zusammengehen mit der Union, in der Illusion, daß das Zeitalter des Machtstaates vorüber und eine Ära des ewigen Friedens heraufgekommen sei. Unsere Außenpolitik hat gekämpft von Misserfolg zu Misserfolg. Im letzten Herbst hätte man die nötigen Folgerungen ziehen und erklären müssen: Schluß mit der Politik deutscher Vorherrschaft, mit der Rücksicht auf den Phrasenebel der Senfer Atmosphäre und mit der Vorstellung, man müsse unter allen Umständen gerade mit Herrn Briand im Einklang bleiben (Zustimmung rechts). Der inzwischen erfolgte Abschluß hat uns in unserem Urteil von der Unannehmlichkeit der Pariser Vereinbarungen nur bekräftigt. Kein Wort findet sich über die Zahlungen, die Deutschland bereits geleistet hat, kein Wort auch darüber, daß der Versailler Vertrag den 1. Mai 1921 als Endtermin der Reparationen festsetzt. Deutschland soll wiederum eine Verpflichtung übernehmen, von der es weiß, daß sie sich in absehbarer Zeit als undurchführbar herausstellen wird. Schon bald werden wir vor der Notwendigkeit stehen, die Revision auch dieses Abkommens zu fordern. Eine neue Aufbrunnungs- und Transfusionskrise würde zur vollen Katastrophe führen. Dazu käme, daß der letzte Rest von Vertrauen in eine deutsche Unterschrift zerbröckelt wäre. Neuen Gewaltmaßnahmen gegen das als verträglich betrachtete Deutschland wäre Tür und Tor geöffnet. Die Unmöglichkeit jeden wirtschaftlichen Fortschritts nach dem Pariser Plan und die weitere Verelendung würde in erster Linie die Massen der Arbeiter treffen. Die Erschütterungen dürfen nicht überschätzt werden, da sie mit einem viel zu teuren Preis für die Zukunft bezahlt werden. Das besetzte Gebiet hat wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß es keine vorzeitige Befreiung nicht durch Dauerbelastung des gesamten Vaterlandes erkaufen werden wolle. Wir halten es für selbstverständlich, so erklärt der Redner, daß diejenigen, die den Pariser Plan an sich für möglich halten, ihn unter keinen Umständen annehmen können, wenn nicht gleichzeitig die Räumung von Rhein und Saar binnen kürzester Frist und bedingungslos bindend zugesichert ist. Der Red-

ner begründet einen Antrag, der die Regierung auffordert, den Willen des deutschen Schuldenkennzeichens an die Spitze der Tributverhandlungen zu stellen (Beifall rechts).

Nach der Rede Dr. Stresemanns, über die wir bereits gestern berichtet haben, wurde die allgemeine Aussprache fortgesetzt.

Abg. Dr. Breitfeld (Soz.):

Wir erkennen dankbar an, daß Graf Beckhars immerhin nur von parteipolitischen Absichten für unsere Zustimmung zu Paris gesprochen hat und nicht, wie sein Parteichef Eugenberger, von unserem Wunsch, marxistische Experimente zu machen. Wer denkt an parteipolitische Geschäfte, wenn es sich darum handelt, die Kosten des deutschen Volkes zu erwägen (Sehr wahr! b. d. Soz.). Die Betätigung im diplomatischen Dienst darf zwar nicht zu einem Luxus werden, den sich nur Beamtenteile leisten können; aber bei den Repräsentationskosten kann doch noch gespart werden. War es durchaus notwendig, daß die deutsche Delegation für Madrid 41 Köpfe umfaßt? Wir fordern immer wieder die Demokratisierung des deutschen auswärtigen Dienstes. Vor allem müssen die Vertreter Deutschlands im Ausland noch mehr als die Beamten im Lande innerlich fest mit der Republik ver wachsen sein. (Sehr richtig! links.)

Wir wollen, daß die Regierung den Young-Plan als Grundlage für ihre weiteren Verhandlungen akzeptiert, daß sie versucht, von dieser Basis aus Verbesserungen zu erreichen. Wir sind keine begeisterten Freunde des Young-Planes. Die Deutschnationalen sollten doch aber erst einmal Young-Plan und Dawesplan vergleichen. Sie können doch nicht so vorgehen, wie die Studenten der Münchener Universität, die gegen den Young-Plan protestierten, aber die Vorlesungen über die Reparationsfrage nicht besucht haben (Heiterkeit). Im Gegensatz zu den Erklärungen des deutschnationalen Parteivorsitzenden Eugenberger erklärt der Deutsche Kreditverein, daß der Young-Plan unserer Wirtschaft Erleichterungen bringen werde. Der zweite Vorsitzende des Deutschen Kreditvereins ist Herr Eugenberger (Sehr! Hör!).

Man muß sofort die Räumung durchgeführt werden. Wir lehnen jede weitere Kontrollkommission ab und verlangen auch die Aufhebung der Frage einer schnelleren Rückgabe des Saargebietes. Wir führen den Kampf gegen die Schuldlüge und für die Abkehrung auf dem Boden des internationalen Sozialismus. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. Ullrich (Str.):

Die Deutschnationalen haben den Young-Plan schon abgelehnt, ehe sie ihn überhaupt kannten. Kritik ist berechtigt, aber sie darf nicht so weit gehen, daß die Ehrlichkeit derjenigen in Zweifel gezogen wird, die anderer Ansicht sind. Der Eugenbergerische „Montag“ scheint sich nicht, heute aber die Annahme des Versailler Vertrages in der Weimarer Nationalversammlung eine Darstellung zu geben, die den falschen Anschein erweckt, als hätte die verehrungswürdige Persönlichkeit des damaligen Präsidenten der Nationalversammlung irgendwelche Erlebens gemacht. Das Ergebnis der Pariser Verhandlungen ist für uns eine schwere Enttäuschung. Angesichts der schweren Belastungen, die auch der Young-Plan uns bringt, kann seine Annahme für uns immer nur eine bedingte Zulage sein, bedingt durch die Grenzen unserer Leistungsfähigkeit. Wir verlangen die Rheinlandräumung gratis und franko und nicht per Räumung. Eine neue Kontrollkommission unter irgendwelchem Namen kann für uns nicht in Frage kommen. Sie würde zu einer Art Vollzeitaufsicht über das Rheinland werden und dadurch gerade das Vertrauensverhältnis, das wir erkranken, nicht aufkommen lassen.

Wir erhoffen nach der Räumung eine Wiederherstellung der Grenzgebiete des deutschen Reichs, bitten aber, dann auch den deutschen Osten nicht zu vergessen. Bei der Liquidation der politischen Kriegesfolgen darf eine beschleunigte Rückgabe des Saargebietes nicht vergessen werden! An der deutschen Bestimmung der Saarbevölkerung wird auch Frankreich kaum noch zweifeln. Das Recht der Minderheiten muß besser als bisher im Völkerbund gewahrt werden. Die Beschwerden der Minderheiten werden jetzt im Völkerbund nach einem wohlwollenden System von Vertrauensabreden abgedrängt und begraben. Die Minderheitenfrage darf nicht mehr von der Tagesordnung des Völkerbundes verschwinden. (Beifall i. Str.)

Von der deutschnationalen Fraktion ist inzwischen ein Misstruensantrag gegen Reichsaußenminister Dr. Stresemann eingegangen.

Abg. Stoedter (Komm.):

meint, die deutschnationale Oppositionsrede sei nur gehalten worden, um die volle Verantwortung der Deutschnationalen für Deutschlands Verfallung durch den Dawespaß zu verschleiern. Es wäre gut, wenn man dem „Stahlhelm“ im Tonfall seien könnte, wie im Auswärt-

tigen Ausschuss Graf Beckhars brav auf Stresemanns Schoß sitzt. (Heiterkeit.) Tatsächlich betriebe außenpolitisch volle Einigkeit zwischen den bürgerlichen Parteien und den Sozialdemokraten in der gemeinsamen Front gegen Sowjet-Rußland.

Abg. Dr. Schnee (Dp.):

hält eine eingehende Prüfung des Young-Planes für notwendig und behält sich die Stellungnahme seiner Partei zu diesem Plan in jeder Beziehung vor. Die selbstverständliche Voraussetzung für die Zustimmung sei die bedingungslose Räumung des Rheinlandes. Bei der Liquidation der politischen Kriegesfolge muß auch das Unrecht zugemacht werden, das durch die Beschlagnahme deutschen Privateigentums im Ausland und in den Kolonien begangen wurde. Der Völkerbund muß weit aufrechter und energischer den Schutz der Minderheiten in die Hand nehmen als bisher. Den deutschen Minderheiten wird in den neugebildeten Staaten oft genug Grund und Boden genommen unter dem Schlagwort „Bodenreform“. Der Arbeitsausschuss deutscher Verbände sei durchaus überparteilich eingestellt. Wenn ein volksparteilicher Redner zurückgewiesen worden sei, so sei das wohl von einem besonders scharf rechts eingestellten lokalen Verband geschehen. Im Kampf gegen die Kriegsschuldlüge sollte auch die Sozialdemokratie nicht abseits stehen. Sie könnte ja eigene Kundgebungen veranstalten. Die koloniale Schuldfrage sei ebenfalls längst widerlegt. Deutschland dürfe nicht länger das Recht auf eigene Kolonien verweigert werden. Der Völkerbund müßte dagegen einschreiten, wenn dem Mandatsystem gegenüber England jetzt das ehemalige Deutsch-Ostafrika zur englischen Kolonie machen will.

Abg. Dr. Bredt (Dp.):

bezweifelt, daß der Young-Plan der deutschen Wirtschaft große Entlastungen bringen werde. Der deutsche Mittelstand wird mit einiger Verblüffung gehört haben, daß der Reichsaußenminister heute die Sorge um diesen Mittelstand als Argument für seine Politik anführte. In der Innenpolitik ist von dieser Sorge wenig zu spüren. Wenn die Pariser Vereinbarungen der Reichsbank größere Freiheit geben, so begrüßen wir das nicht so unbedingt. Wir verlangen eine gesteigerte Kontrolle der Notenpresse, damit uns eine neue Inflationsgefahr erspart bleibt. Eine wirkliche Dauerlösung des Reparationsproblems ist nur möglich in der Art, daß Amerika seinen Schuldner einen Nachlaß gewährt. Die Stellungnahme zum Youngplan wird davon abhängen, was aus der Rheinlandräumung herauskommt. Am Saargebiet können die Franzosen kaum noch großes Interesse haben, denn daß die Volksabstimmung nicht günstig für Frankreich ausfallen würde, steht fest. Schwieriger ist die Frage der Rückgabe der Saargebiete. Die Wirtschaftspartei hat im großen und ganzen die Außenpolitik des Ministers Dr. Stresemann unterstützt. Sie vernimmt aber die Informationen seitens der Regierung, die sich aus dieser Stellung ergeben. Herr Eugenberger hat in Marburg einen zwar glänzenden Erfolg erzielt. Als Hochschullehrer bedauere ich es, daß man in dieser Form an die deutsche Studentenschaft herangeht (Beifall). Die Studenten kann man leicht von der Notwendigkeit überzeugen, ein paar Jahre proletarisch zu leben; das ganze deutsche Volk wird aber dazu nicht so ohne weiteres geneigt sein. Wir sind weder Regierungspartei, noch grundsätzliche Oppositionspartei. Wir lassen uns in der Außenpolitik nicht von parteipolitischen Gesichtspunkten leiten.

Abg. Dr. Gaaß (Dem.):

erklärt, auch seine Partei habe gegen das Pariser Ergebnis alle schwersten Bedenken. Man müsse aber erst die politischen Verhandlungen abwarten und sehen, ob jetzt ernsthafte und wirkliche Fortschritte in der Liquidation des Krieges kommen. Entschieden müsse man sich aber gegen die niederträchtige Dege wenden, die im Zusammenhang mit dem Young-Plan von den Deutschnationalen getrieben werde. Für die Rede Eugenbergs an die Marburger Studenten fehle ein parlamentarischer Ausdruck der Kritik. Die Räumung des Rheinlandes ohne jede Kontrollkommission muß die notwendige Folge des Young-Planes sein. Auch das Saargebiet muß unter deutsche Staatshoheit zurückkommen. Weiter ist ein wirklicher Minderheitenschutz notwendig. Der Kampf gegen die Kriegsschuldlüge kann von denen mit Erfolg nicht geführt werden, die sich gleichzeitig zur Gewaltpolitik bekennen. Die Schuldfrage des Versailler Vertrages verleiht, weil sie eine Lüge ist, die Ehre des deutschen Volkes nicht. Aber ihre Aufrechterhaltung wider besseres Wissen verletzt die Ehre der Sieger. Niemand, so schließt der Redner, hat bis heute einen anderen Weg zur deutschen Freiheit gezeigt, als den Weg der Verhandlung, den Rathenau gewiesen hatte, dessen Todestag sich heute wieder jährt.

Abg. Emminger (Bayer. Sp.):

tritt der Meinung entgegen, daß die Regierungsparteien schon zur Annahme des Young-Planes entschlossen seien. Wir betrachten den Young-Plan lediglich als die letzten